



Kurzfassung von Robert Lessmann

BOLIVIEN: DEMOKRATIE IN ZEITEN VON CORONA

Für Bolivien ging im vergangenen November die längste Periode der Demokratie in seiner Geschichte zu Ende. Unter heftigen Unruhen und Vorwürfen von Wahlbetrug verlor Präsident Evo Morales die Unterstützung der Sicherheitskräfte und stürzte. Auf der „Interimsregierung“ von Präsidentin Jeanine Añez wiederum lasten Putschvorwürfe. Während sie angetreten war, um Sicherheit und Ordnung wiederherzustellen und Neuwahlen zu organisieren, hat sie jede Gelegenheit ergriffen, um den Status quo ante vor dem Erdrutschsieg von Morales im Dezember 2005, anzustreben. Bei zweifelhafter Legitimität und mäßigen Umfrageergebnissen findet sie in der Corona-Krise eine goldene Gelegenheit, sich im Krisenmanagement zu bewähren. Für den 3. Mai angesetzte Neuwahlen sind bereits abgesagt, und so könnte der demokratische Prozess in dem Andenland das erste politische Opfer von Corona sein.

Seit seiner Unabhängigkeit (1825) hatte Bolivien mehr Regierungen als Jahre ins Land gingen. Manchmal mehrere an einem Tag. Zuletzt war das in der Zeit der Militärdiktaturen (1964-81) so, wo manche Juntas nur zwei Wochen hielten. Auch die nachfolgende Epoche der Demokratisierung ab 1982 war mit ihren Megakoalitionen nur vordergründig stabil. Mehrheiten zwischen 20 und 30 Prozent reichten zur Präsidentschaft. Die ökonomische Basis des Modells bestand in ausländischer Entwicklungshilfe (um die zehn Prozent des BIP; gut 50 Prozent davon

in direkter oder indirekter Abhängigkeit von Washington), bescheidenen Renten aus den Rohstoffexporten und nicht unbeträchtlichen Einnahmen aus dem Kokaingeschäft (Lessmann, 2010).

Das änderte sich mit dem Amtsantritt von Evo Morales und seiner MAS (Movimiento al Socialismo) im Januar 2006, die zum ersten Mal seit einem halben Jahrhundert eine absolute Mehrheit errungen hatten. Sie hatten sich nichts weniger vorgenommen als eine „Neugründung“ Boliviens mittels einer neuen Verfassung. Durch die Nationalisierung der Kohlenwasserstoffressourcen, in Verbindung mit hohen Weltmarktpreisen, wurde Geld in die Staatskassen gespült. Bolivien avancierte vom Aid Regime ohne Bonität zum Land mit den zweitdicksten Devisenkissen im Verhältnis zur Wirtschaftskraft in Südamerika, nach Peru, und hatte zehn Jahre lang Wachstumsraten von 4 Prozent – zusammen mit Uruguay die höchsten in der Region. Eine umfassende Sozial- und Umverteilungspolitik ermöglichte im Armenhaus Lateinamerikas die Senkung der extremen Armut von 38 auf 18 Prozent und den Aufstieg von 1,7 Millionen Menschen (rund 15 Prozent der Bevölkerung) aus der Unterschicht in eine UN-Kategorie „gefährdete Mittelschicht“ (Lessmann, 2019c; la-razon.com; PNUD 2015).

Diese sozio-ökonomische Erfolgsgeschichte verlief freilich nicht ganz ungetrübt. Die gefüllten Kassen beruhen auf dem Export nicht erneuerbarer Rohstoffe (Extraktivismus). Ein Strukturwandel und eine Diversifizierung der Wirtschaft fanden nicht statt. Mehr als die Hälfte der Arbeitsplätze gehören nach wie vor zum informellen Sektor (PNUD 2015). Mit den sinkenden Preisen für Erdöl und Erdgas sind auch die Devisenreserven, die von 1.714 Mio. US-\$ (2005) auf 15.123 (2014) geklettert waren, wieder auf 6.468 Mio. US-\$ (2019) abgesackt (la-razon.com). Negative Folgen konnten aber bislang noch durch die gewachsene Binnennachfrage abgedeckt werden.

Auch demokratiepolitisch brachten die Anfangsjahre der Regierung Morales für die Bolivianerinnen und Bolivianer völlig neue Erfahrungen, die Spötter von einer „Referenditis“ sprechen ließen: Auf den Wahlerfolg der MAS im Dezember 2005 (54 Prozent), folgten 2006 jene zur Verfassungsgebenden Versammlung (50,7%), das Abwahlreferendum 2008 (eine Vertrauensfrage in konfliktgeladener Situation, 67%), das Verfassungsreferendum im Januar 2009 (61%) die vorgezogenen Neuwahlen im Dezember 2009 (64%) und die regulären Wahlen von 2014 (61 Prozent) (Lessmann 2010, S. 137-151; Lessmann, 2019b).

Morales und seine MAS haben sie alle mit absoluter Mehrheit gewonnen. Bis zum Wiederwahlreferendum vom 21. Februar 2016, das mit 49:51 Prozent knapp verloren ging. Damit sollte Artikel 168 der Verfassung von 2009 außer Kraft gesetzt werden, der nur eine Wiederwahl in Folge erlaubt. Die Opposition hatte ihn bei erzwungenen Nachverhandlungen im Anschluss an den „Zivilputsch“ vom September 2008 in den bereits verabschiedeten Verfassungsentwurf schreiben lassen, weil sie sich vor dem charismatischen Morales fürchtete. Wahlerfolge der MAS auf regionaler oder lokaler Ebene fielen meist weniger eindeutig aus. Zudem stolperte der Präsident beim Wiederwahlreferendum über eine Affäre und ein angebliches uneheliches Kind (für das dann niemals ein Existenzbeweis vorgelegt werden konnte). Die Affäre Gabriela Zapata kostete Morales wahrscheinlich die fehlenden 1,5 Prozentpunkte, doch sie war auch von einem veritablen Korruptionsskandal begleitet. Die MAS sprach in der Folge von einem „Lügenreferendum“ und beschäftigte sich mit der Suche nach Wegen, trotzdem eine Kandidatur von Morales zu ermöglichen. Der Verfassungsgerichtshof kippte schließlich das Votum des Referendums, indem er das aktive und passive Wahlrecht über den Artikel 168 stellte. (Lessmann 2010, S. 137-151; Lessmann, 2019b) Die Opposition protestierte seither unter dem Signum F21.

Hybris der Macht

Die MAS war damit nun nicht mehr Garant einer neuen Demokratieerfahrung. Mit dem Diskurs vom „Lügenreferendum“ ließ sie nicht nur dreieinhalb Jahre verstreichen, in denen sie einen Kandidaten hätte aufbauen können. Sie täuschte sich auch über die abnehmende Zustimmung in der Bevölkerung hinweg. Schließlich lag ihr Ergebnis schon damals 12 Prozentpunkte niedriger als bei den vorangegangenen Wahlen von 2014. Während seiner Lehrtätigkeit an der Universidad Mayor de San Andrés von La Paz im August 2019, war der Autor dieser Zeilen überrascht und perplex über das Ausmaß der Evo-Überdrüssigkeit, insbesondere in der städtischen Mittelschicht und gerade auch unter Linksintellektuellen. Die Gründe dafür sind vielfältig: Klagen über Korruption und schlechte Verwaltung gehörten dazu. Posten würden mit Anhängern aus den sozialen Bewegungen besetzt statt mit qualifiziertem Personal. Politische Diskurse wirkten zunehmend abgedroschen, neue Ideen suchte man vergebens. Dazu kam die Enttäuschung über hochfliegende Umweltrhetorik und mangelnder Umweltpolitik, sowie die Vernachlässigung der indigenen Völker des Tieflands. Aber auch Abstiegsängste eines Kleinbürgertums, das es gewohnt ist, großbürgerlich zu leben (Lessmann, 2019a).

Aus den Reihen der MAS selbst war nach dem Wahlfiasco vom Oktober 2019 die Interpretation zu hören, dass mit dem Aufstieg signifikanter Teile der armen Bevölkerung in die Mittelschicht, sich auch deren Interessenlage geändert habe. In der Tat war die Bereitschaft der einst so schlagkräftigen sozialen Bewegungen, die Regierung der sozialen Bewegungen (Selbstbezeichnung der MAS-Regierung) zu verteidigen, geringer als erwartet. Waren sie zahnlos geworden, nachdem sie zu Erfüllungsgehilfen der Regierung degradiert worden waren, wie linke Kritiker meinen? Ein weiterer Faktor dürfte eine wichtige Rolle gespielt haben: Bolivien hat eine sehr junge Bevölkerung. Nur etwas mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten gehört der Altersgruppe über 35 Jahren an. Nur ihnen dürften die teilweise sehr chaotischen Jahre vor 2006 lebhaft in Erinnerung sein, und an die Zeit der Militärdiktaturen werden sich wohl lediglich rund 15 Prozent der Wahlberechtigten aus eigener Anschauung noch erinnern (Instituto Nacional de Estadísticas).

Wahlbetrug oder Putsch?

Die Wahlen vom 20. Oktober 2019 endeten für Präsident Morales und seine MAS – wie auch für die bolivianische Demokratie – in einem Totalschaden. Das umstrittene amtliche Wahlergebnis liegt bei 47,8 Prozent für die MAS und 36,5 Prozent für den stärksten Gegenkandidaten Carlos D. Mesa. Laut Wahlgesetz ist ein Ergebnis über 50 Prozent oder 10 Prozentpunkte Abstand zum Zweiten nötig, um eine Stichwahl zu vermeiden. Bereits im Vorfeld der Wahlen hatte die Opposition Wahlbetrug vermutet – und das Regierungslager einen Putsch. Nachdem am Wahlabend beim Stand von 45:38 die Schnellauszählung für 24 Stunden angehalten worden war, fühlte sich die Opposition in ihrer Befürchtung bestätigt. In sechs der neun Departemente gingen die Büros der Wahlbehörde in Flammen auf und eine wachsende Protestwelle, der sich auch Polizeieinheiten anschlossen, führte dazu, dass schließlich der Oberkommandierende der Armee Morales zum Rücktritt aufforderte und der Präsident ins Exil ging. (Lessmann, 2019a,b) Zwei Tage später erklärte sich die zweite Vizepräsidentin des Senats, Jeanine Añez, zur Interimspräsidentin. Anwesend waren nur 11 von 36 Senatsabgeordneten, der Rücktritt von Morales war nicht rechtskräftig, weil er vom Parlament hätte angenommen werden müssen, das aber erst am Tag danach zusammentreten konnte, und laut Verfassung wäre zunächst die Senatspräsidentin Adriana Salvatierra bei der Nachfolgeregelung an der Reihe gewesen (CPE, Art. 169/I). Es kam zu gegenseitigen Brandschatzungen beider Lager, Plünderungen sowie Protestmärschen und Blockaden durch

Anhänger der MAS, die mit militärischer Gewalt erstickt wurden. Schließlich einigten sich beide Seiten auf eine Befriedung und die MAS, die im Parlament nach wie vor über eine Zweidrittelmehrheit verfügt, musste die Fakten anerkennen (Lessmann, 2019a).

Fakten schuf insbesondere auch die De-facto Regierung: Die außenpolitische Orientierung Boliviens wurde gedreht, Beziehungen zu Washington wiederaufgenommen, Juan Guaidó als venezolanischer Präsident anerkannt und unter anderem mehr als 700 kubanische Ärzte und medizinisches Personal des Landes verwiesen. Geschäftsführer staatlicher Unternehmen wurden ausgetauscht. Unter anderem wurde jener der staatlichen Fluglinie BOA durch den Geschäftsführer der privaten Linie Amazonas ersetzt.

Die Korruption blüht und bei sich verschlechternden Konjunkturdaten steuert die Wirtschaft dem freien Fall entgegen. Defizite nehmen mit der politischen Krise beschleunigt zu. Die Devisenreserven schmolzen schon 2019 um 27,7 Prozent. Gegen Funktionäre und Anhänger der MAS gibt es hunderte von Gerichtsverfahren, vielen ist eine Kandidatur verboten. Wie unter diesen Bedingungen freie und faire Wahlen stattfinden können ist mehr als fraglich. (Lessmann, 2020) Die Jahre politischer und wirtschaftlicher Stabilität scheinen vorüber. Das Klima ist rassistisch aufgeladen, das „katastrophale Patt“ (Gracia Linera 2012) zwischen den gesellschaftlichen Blöcken scheint zurück.

Eine 120-Tages-Frist bis zu Neuwahlen ist längst verstrichen. „Interimspräsidentin“ Añez kandidiert inzwischen mit ihrer Bewegung *Juntos* selbst. Umfragen sahen sie zuletzt bei 16,5 bzw. 20 Prozent, den gemäßigt konservativen Carlos D. Mesa mit seiner *Comunidad Ciudadana* bei 17,1 bzw. 20 und die MAS bei 31,6 Prozent. Deren Präsidentschaftskandidat Luis Arce Catacora (vormals Superminister für Wirtschaft und Finanzen) sowie Vizepräsidentschaftskandidat David Choquehuanca (vormals Außenminister) wurden vom selbsternannten Wahlkampfmanager Morales aus dem Exil in Buenos Aires nominiert und von der Basis zuhause nachträglich bestätigt. Auch im Lager der MAS zeigen sich Risse. Selbst wenn deren Potenzial höher liegen dürfte als es die vorrangig städtischen Umfrageergebnisse nahelegen: Von einer absoluten Mehrheit scheint sie weit entfernt. Auf der politischen Rechten treten insgesamt sieben Ad hoc – Allianzen an. Eine Koalition ist nach den geschilderten Ereignissen schwer denkbar (Lessmann, 2020).

Politik in Zeiten von COVID-19

Die für den 3. Mai angesetzten Wahlen sind im Zeichen der Pandemie auf unbestimmte Zeit verschoben. Nur Carlos D. Mesa meldete dagegen, ebenso wie schon gegen die Kandidatur von Añez, Bedenken an; genauer: gegen das Fehlen einer neuen Frist. Er bekam bei den zurückliegenden Wahlen wohl rund 37 Prozent, die kleine Añez-Partei UD nur vier. Für sie bietet die Corona-Krise die Chance, sich bis zu möglichen Wahlen im Krisenmanagement zu bewähren. Bei einem Verstoß gegen die Quarantänebestimmungen drohen in Bolivien zehn Jahre Gefängnis. Autoritäre Vorgehensweisen und Regime haben Konjunktur (siehe Singapur, China und Ungarn).

Der Titel dieses kleinen Essays wurde in Anbetracht der sich abzeichnenden gesundheitlichen Tragödien mit gewissen Bauchschmerzen trotzdem gewählt: In seinem Roman „Liebe in Zeiten der Cholera“ erzählt der Literaturnobelpreisträger Gabriel García Márquez die große Liebesgeschichte von Fermina und Florentino, die erst am Ende ihres Lebens zueinander finden. Ist in Bolivien eine Parallele denkbar? Wenn es auch keine Jugendliebe war: Der honorierte Historiker und Journalist Carlos D. Mesa ist sicher kein reaktionärer Haudrauf und stand verschiedenen Aspekten des von der MAS eingeleiteten *proceso de cambio* (Prozess des Wandels), wie der Emanzipation der indigenen Bevölkerungsmehrheit, durchaus positiv gegenüber. Aus Protest gegen ein Militärmassaker in El Alto war er 2003 als Vizepräsident der Regierung „Goni“ Sánchez de Lozada zurückgetreten. Nach der Flucht des Präsidenten, noch am selben Tag, wurde er damals „automatisch“ zum Interimspräsident, weil sein Rücktritt noch nicht vom Parlament angenommen war. Als solcher organisierte er eine Volksbefragung, bei der im Jahr 2004 zwei tragende Säulen des späteren *proceso de cambio* vom Volk befürwortet wurden: Der Wunsch nach einer neuen Verfassung und nach Nationalisierung der Kohlenwasserstoffressourcen. Durch seinen Rücktritt machte er indirekt den Weg zum Erdrutschsieg von Morales im Dezember 2005 frei. Schließlich hat er als Sprecher der bolivianischen Delegation beim internationalen Gerichtshof in Den Haag in der Auseinandersetzung mit Chile um den Küstenzugang sogar im Auftrag der Regierung Morales gearbeitet. Er ist Jahrgang 1953. Wie Morales (Jahrgang 1959) steht er für eine Politikergeneration von gestern. Aber eine Koalition mit einer von autoritären Tendenzen befreiten, runderneuterten MAS könnte eine Alternative zur Politik von vorgestern darstellen. Beide zusammen haben bei den Wahlen vom 20. Oktober 2019 mehr als 80 Prozent der Stimmen erhalten.

Robert Lessmann ist promovierter Politologe und Soziologe. Er arbeitet als Journalist, Buchautor, Consultant und ist Senior Research Fellow und Lehrbeauftragter am Institut für Politische Wissenschaft und Europäische Fragen der Universität zu Köln. Er ist u.a. Autor des Buches: „Das neue Bolivien“, Rotpunkt Verlag, Zürich, 2010.

Literaturverzeichnis

- CPE – Constitución Política del Estado (2009).
- García Linera, Á. (2012). *Vom Rand ins Zentrum. Die Neugestaltung von Staat und Gesellschaft in Bolivien*. Zürich: Rotpunkt-Verlag.
- Instituto Nacional de Estadísticas (INE). (2020). <https://www.ine.gob.bo/index.php/demografia/introduccion-2>. Zugegriffen: 6. Apr. 2020.
- La Razón (2020). Las RIN bajan 27,7% en un año y el BCB duda que se frene su caída. lazon.com/economia/RIN-bajan-BCB-frene-caida_0_3295470428.html. Zugegriffen: 27. März 2020.
- PNUD – Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo. (2015) El nuevo rostro de Bolivia. La Paz. <http://www.eumed.net/cursecon/16/pnud.htm>. Zugegriffen: 6. Apr. 2020
- Lessmann R. (2020) Bolivien: Rückkehr der Politiquería. <https://www.robert-lessmann.com/bolivien-rueckkehr-der-politiqueria>. Zugegriffen: 6. Apr. 2020.
- Lessmann, R. (2019a). Bolivien: 37 Jahre Demokratie sind zu Ende. <https://www.robert-lessmann.com/bolivien-sieg-der-demokratie-oder-putsch-chronik-sich-selbsterfuellender-prophezeiungen>. Zugegriffen: 6. Apr.2020
- Lessmann, R. (2019b). Wahlchaos in Bolivien. <https://www.robert-lessmann.com/wahlchaos-in-bolivien>. Zugegriffen: 6. Apr.2020.
- Lessmann, R. (2019c). Bolivien und sein Prozess des Wandels. <https://www.robert-lessmann.com/bolivien-und-sein-prozess-des-wandels>. Zugegriffen: 6. Apr.2020
- Lessmann, R. (2010). *Das neue Bolivien*. Zürich: Rotpunkt Verlag.
- Stefanoni, P. (2020). Las lecciones que nos deja Bolivia. Nueva Sociedad. <https://nuso.org/articulo/Bolivia-Evo-Morales-elecciones/>. Zugegriffen: 6. Apr.2020.